

Universität Bielefeld

IKG | Institut für interdisziplinäre
Konflikt- und Gewaltforschung

Working Paper | 13

Wie nehmen politische VerantwortungsträgerInnen politisch motivierte rechte Kriminalität in Regionen mit überdurchschnittlicher Fremdenfeindlichkeit wahr?

Ricarda Mundt

WPS

Ricarda Mundt

**Wie nehmen politische VerantwortungsträgerInnen politisch motivierte
rechte Kriminalität in Regionen mit überdurchschnittlicher
Fremdenfeindlichkeit wahr?**

IKG Working Paper Nr. 13 | Erschienen April 2018

Publiziert unter der [Creative Commons Attribution-No Derivatives License](https://creativecommons.org/licenses/by-nd/4.0/)

Redaktion: Manuela Freiheit | Heiko Mata | Kurt Salentin

Mit Unterstützung von: Alina Marie Gülle | Stephan Philipp Stockmeier |
Daniel Schumacher

Vorschlag Bibliographische Angabe:

Mundt, Ricarda (2018): Wie nehmen politische VerantwortungsträgerInnen
politisch motivierte rechte Kriminalität in Regionen mit überdurchschnittlicher
Fremdenfeindlichkeit wahr? IKG Working Paper Nr. 13

Inhalt

| | |
|---|-----------|
| Vorwort | 4 |
| 1. Einleitung..... | 5 |
| 2. Forschungsstand | 7 |
| 2.1 Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF) | 7 |
| 2.2 Der Beruf des Politikers | 15 |
| 2.3 Implikationen für die empirische Forschung | 20 |
| 3. Forschungsdesign..... | 21 |
| 3.1 Beschreibung des Feldes und des Feldzugangs..... | 21 |
| 3.2 Wahl des Erhebungsinstruments | 23 |
| 3.3 Beschreibung des empirischen Materials..... | 24 |
| 3.4 Analysemethode | 25 |
| 4. Ergebnisse | 28 |
| 4.1 Wahrnehmung der GMF in Bautzen | 28 |
| 4.1.1 Kategorie „Problem mit Fremdenfeindlichkeit“ | 28 |
| 4.1.2 Kategorie: „Wahrnehmung Reaktion auf GMF“ | 35 |
| 4.1.3 Kategorie: „Kein Problem mit Fremdenfeindlichkeit“ | 39 |
| 4.2 Positionierung zu GMF als Politiker | 42 |
| 5. Vergleichende Analyse | 44 |
| 6. Fazit | 46 |
| Literatur | 49 |

Vorwort

(von Sebastian Kurtenbach)

Städte sind die Ebene, auf der Demokratie unmittelbar erfahrbar wird. In der „Schule der Demokratie“ spielen Kommunalpolitiker damit eine besonders wichtige Rolle, in der sie einerseits als Vertreter der Menschen vor Ort gesehen werden, andererseits aber komplexe politische Entscheidungsfindungsprozesse erklären und verantworten müssen. Damit fungieren sie als Relais zwischen Wählerinnen und Wähler, Verwaltung aber auch anderen politischen Ebenen, wie Land und Bund. Und so merken Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker unmittelbar, ob die Menschen vor Ort mit politischen Entscheidungen einverstanden sind oder nicht.

Besonders deutlich wurde das während der Zuwanderung Geflüchteter zwischen 2014 und 2016. Während bei PEGIDA Demonstrationen Galgen mit Schilder für die Bundeskanzlerin Merkel und ihren Vizekanzler Gabriel gezeigt wurden, reisten Landräte, Bürgermeister und Stadträte durch ihre Gemeinden und versuchten die Unterbringung Geflüchteter ihren Wählern und Nachbarn zu erklären. Sie waren gefangen zwischen teils ablehnender Meinungen der Bevölkerung, gesetzlichen Vorgaben und eigenen demokratischen Überzeugungen.

Ebendieses Spannungsfeld untersucht Ricarda Mundt in ihrer Arbeit am Beispiel der ostsächsischen Stadt Bautzen in eindrucksvoller Weise. Sie macht die unterschiedlichen Aushandlungsprozesse deutlich, die Politiker zeigten, um mit der Wahrnehmung menschenfeindlicher Einstellungen in ihrer potenziellen Wählerschaft umzugehen. Deutlich und zugleich besorgniserregend ist, dass ehrenamtlich tätige Politiker menschenfeindliche Einstellungen unter ihrer potenziellen Wählerschaft

eher akzeptieren als hauptamtlich Tätige. Die Befunde der Arbeit dienen damit auch als Ausgangspunkt für weitergehende Untersuchungen zu Kommunalpolitik an Orten mit erhöhter Ablehnung von Geflüchteten.

1. Einleitung

Seit 2015, dem Jahr der Flüchtlingskrise, werden Ressentiments gegen Ausländer sowie offen ausgelebter Fremdenfeindlichkeit in Deutschland wieder deutlich mehr an gesellschaftlicher Bedeutung zugeschrieben. Dies legen die Ergebnisse der polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) nahe. Im Bereich der politisch motivierten Kriminalität (PMK) wurden im Jahr 2015 insgesamt 22.960 Fälle politisch rechts motivierter Kriminalität erfasst, was eine 34,9 prozentige Steigerung zum Vorjahr bedeutet (BMI 2015: 2). Straftaten gegen Asylunterkünfte erfuhr mit 923 rechtsmotivierten Fällen eine 421,5 prozentige Steigerung zum Vorjahr (BMI 2015: 6).¹ Besonders auffällig ist dabei die geografische Verteilung der politisch motivierten Straftaten innerhalb Deutschlands. So werden viele der Straftaten trotz der relativ geringen Bevölkerungsdichte in Ostdeutschland verzeichnet, im Gegensatz zum bevölkerungsreicheren Westdeutschland. Der Umstand des zunehmenden Rechtsextremismus, der schon häufig Gegenstand soziologischer Forschung war, birgt folglich hohe gesellschaftliche Relevanz (Salzborn 2015; Quent/Schulz 2015).

¹ Die Verteilung von Asylunterkünften geschieht nach dem sogenannten „Königsteiner Schlüssel“, der jährlich festgelegt wird und sich nach den Steuereinnahmen und der Bevölkerungszahl richtet. Dabei hat NRW im Jahr 2015 mit 21,2 Prozent die höchste Quote der aufzunehmenden Geflüchteten, in Sachsen betrug die Quote 5,1 Prozent (BAMF 2016: 17).

In der vorliegenden Arbeit wird Fremdenfeindlichkeit in Bezug zu politischen Verantwortungsträgern gesetzt. Anlass dazu liefern jüngste Ereignisse in Bautzen, einer Stadt mit besonders hoher Fremdenfeindlichkeit, wie die „Regionale Arbeitsstelle für Bildung, Integration und Demokratie Sachsen e.V.“ konstatiert (RAA 2017). Dort pflegte der stellvertretende Landrat und CDU-Politiker Udo Witschas über mehrere Tage im August 2017 lockeren Chat-Kontakt zum bekannten Rechtsextremisten Marco Wruck (Honnigfort 2017), nachdem es in der Nacht zum 28. Juli erneut zu Auseinandersetzungen zwischen Asylsuchenden und Deutschen kam und Witschas sich dabei für eine Verlegung eines Asylsuchenden stark machte (MDR exakt 2017). In einer Zeit zunehmender politisch motivierter rechter Gewalt birgt eine solche Einschätzung von fremdenfeindlichen Auseinandersetzungen und gleichzeitigem Kontakt zu rechtsextremen Personen seitens Politikern starke Brisanz und führt zu der Frage: *Wie nehmen politische VerantwortungsträgerInnen politisch motivierte rechte Kriminalität in Regionen mit überdurchschnittlicher Fremdenfeindlichkeit wahr?*

Diese Frage wird anhand einer qualitativen Inhaltsanalyse von vier Leitfadeninterviews mit Politikern aus eben dieser Stadt Bautzen beantwortet. Den theoretischen Rahmen bildet Wilhelm Heitmeyers Konzept der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit, kurz GMF (s. Kap. 2.1). Innerhalb der Langzeitstudie des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) an der Universität Bielefeld wurden deutsche Staatsbürger bezüglich menschenfeindlicher Einstellungen befragt. Diese wurden in zehn Kategorien gegliedert, wie zum Beispiel Fremdenfeindlichkeit, Rassismus oder Antisemitismus. Da sich die Fragestellung auf die Wahrnehmung von Politikern aus Regionen mit hoher Fremden-

feindlichkeit bezieht, werden vor allem Studien des Konzepts der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit unter sozialräumlichen Gesichtspunkten diskutiert. Außerdem wird der Beruf des Politikers mithilfe Max Webers näher beschrieben, sowie eine Einteilung zwischen Ehren- und Hauptamtlern erfolgen (s. Kap. 2.2). Nachdem der bisherige Forschungsstand näher vorgestellt wird, folgt eine eingehende Erläuterung über das empirische Design (s. Kap. 3). Im Anschluss daran werden die Ergebnisse ausgewertet und die Frage beantwortet, wie die politischen Verantwortlichen politisch motivierte rechte Kriminalität wahrnehmen (s. Kap. 4). Eine vergleichende Analyse zwischen den Haupt- und Ehrenamtlichen erfolgt darauf in Kapitel 5. Abschließend werden die Ergebnisse zusammengefasst und weitere Forschungsfragen skizziert (s. Kap. 6).

2. Forschungsstand

2.1 Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF)

Bei der Auseinandersetzung mit politisch motivierter rechter Kriminalität² in der Stadt Bautzen und der Beantwortung der Forschungsfrage ist es notwendig, einen theoretischen Rahmen bezüglich Fremdenfeindlichkeit zu liefern. Diesen bietet vor allem das Konzept GMF, welches in ei-

² Im Jahre 2001 wurde durch die Ständige Konferenz der Innenminister und -senatoren des Bundes und der Länder (IMK) ein neues Definitionssystem „politisch motivierter Kriminalität“ beschlossen: „Als politisch motiviert gilt eine Tat insbesondere dann, wenn die Umstände der Tat oder die Einstellung des Täters darauf schließen lassen, dass sie sich gegen eine Person aufgrund ihrer politischen Einstellung, Nationalität, Volkszugehörigkeit, Rasse, Hautfarbe, Religion, Weltanschauung, Herkunft, sexuellen Orientierung, Behinderung oder ihres äußeren Erscheinungsbildes bzw. ihres gesellschaftlichen Status richtet (BMI 2001: 35). Als politisch rechts gilt die „Betonung der Unterschiede, Autorität, Distanz, geregelte Umgangsformen, das "Sie", Disziplin, das Nationale“ (Thurich 2011: 103) sowie die Orientierung an Traditionen und Hierarchien (Carlisle 2005: 693).

ner Langzeitstudie des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung an der Universität Bielefeld von 2002 bis 2012 angewandt wurde und im Folgenden dargestellt wird. Aufgrund ihres langen Untersuchungszeitraums - nach 2012 lief die Erhebung im Rahmen der „Mitte“-Studie weiter - konnten unterschiedliche Verlaufsformen, Veränderungen oder Kontinuitäten in Bezug auf menschenfeindliche Einstellungen beobachtet werden (Klein/Zick 2014; Zick et al.: 2016). Außerdem ist die ausgeprägte Ergebnisoffenheit des Konzepts zu nennen, die sich durch die Veränderung von zunächst neun auf mittlerweile bis zu dreizehn Ausprägungsformen der GMF auszeichnet.

Jährlich wurden deutschlandweit repräsentative Querschnittserhebungen mit anfänglich 3.000, später 2.000 deutschen Staatsangehörigen ab 16 Jahren telefonisch und mit Hilfe eines standardisierten Fragebogens zu „menschenfeindlichen Einstellungen“ befragt. Dabei sei Menschenfeindlichkeit „in Prozessen der Betonung von Ungleichwertigkeit und der Verletzung von Integrität“ (Heitmeyer 2002: 17) erkennbar und „bezieht sich auf das Verhältnis zu spezifischen Gruppen und meint nicht ein interindividuelles Feindschaftsverhältnis“ (Heitmeyer 2002: 19). Ausgangspunkt des Konzepts der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit ist dabei die Theorie sozialer Desintegration. Hierin wird Integration nach drei verschiedenen Dimensionen beschrieben. Die sozialstrukturelle Dimension ist die erste, sie „zielt auf die Teilhabe an den materiellen und kulturellen Gütern einer Gesellschaft ab“ (Heitmeyer 2002: 38). Als zweite folgt die institutionelle Dimension, welche die politischen Partizipationsmöglichkeiten beschreibt. Die dritte und letzte „bezieht sich auf den gemeinschaftlichen Lebensbereich sowie die Erfahrungen im Rahmen der privaten Lebensführung“ (Heitmeyer 2002: 39) und wird

unter sozioemotionale Dimension gefasst. Wenn Individuen Desintegrationserfahrungen sammeln, sei davon auszugehen, dass „die entsprechenden Personen auch die Akzeptanz von Gleichwertigkeit gegenüber anderen verweigern und das Gebot der Unversehrtheit verletzen können“ (Heitmeyer 2002: 39). Werden also unterschiedliche Gruppierungen als minderwertig betrachtet, wird dies unter insgesamt dreizehn Facetten der GMF gefasst (s. Grafik 1).

Unter den verschiedenen Ausprägungen scheint Fremdenfeindlichkeit für die vorliegende Forschungsfrage besonders relevant. In dem Konzept ist diese auf kulturelle und materielle Aspekte bezogen. „Die Abwehr von Gruppenangehörigen fremder ethnischer Herkunft ist zum einen auf (vermutete) Konkurrenz um (knappe) Ressourcen von Positionen, Plätzen etc. und zweitens auf die Etikettierung von *kultureller* Rückständigkeit ausgerichtet“ (Heitmeyer 2002: 20).



Grafik 1.) Darstellung GMF und ihre 13 Ausprägungsformen

Quelle: Zick et al. 2016: 37

Zu den über das Jahrzehnt gesammelten Forschungsergebnissen lässt sich in Bezug auf die vorliegende Forschungsfrage Folgendes festhalten:

Insgesamt nehmen über die Jahre unterschiedlich viele Menschen fremdenfeindliche Positionen ein. In den Jahren von 2002 bis 2006 gab es einen Anstieg von fremdenfeindlichen Einstellungen. Haben im Jahr 2002 insgesamt 55,4 Prozent der Befragten der Aussage zugestimmt, dass zu viele Ausländer in Deutschland leben (Heitmeyer 2002: 25), so sind es 2006 sogar 59,4 Prozent (Heitmeyer 2007: 24). In den darauffolgenden Jahren wurden niedrigere Zahlen ermittelt, den Grund dafür vermuten die Autoren in den positiven Entwicklungen des Arbeitsmarktes (Heitmeyer 2009: 38), doch schon ab 2009 stieg der gemessene Wert von fremdenfeindlichen Einstellungen innerhalb der deutschen Bevölkerung wieder stetig an. Dementsprechend erfassten die Forscher im Jahr 2011 bei 47,1 Prozent der Befragten fremdenfeindliche Einstellungen (Heitmeyer 2012: 38) und auch in der Mitte-Studie aus 2016 stellen die Forscher fest, dass die Meinung der Befragten, dass es zu viele Ausländer gäbe, stabil viel Zuspruch erhält (Zick et al.: 73). Im Zusammenhang mit der vermehrten Zuwanderung von oft muslimischen Geflüchteten ist es zudem wichtig, Ausprägungen von muslimfeindlichen Denkweisen darzustellen. Diese stellen einen zentralen Bestandteil von rechtspopulistischer Orientierung dar und werden als eine generalisierende Abwertung von Menschen aufgrund ihrer Zugehörigkeit zum Islam verstanden (Zick et al. 2016: 39). Solche Einstellungen haben sich 2005 bei 24 Prozent der Befragten (Heitmeyer 2007: 26) und im Jahre 2012 bei insgesamt 22,6 Prozent (Heitmeyer 2012: 38) wiedergefunden. Jene Befragten stimmten der Aussage zu, dass Muslimen die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden sollte. Insgesamt ist der Verlauf von muslimfeindlichen

Einstellungen über die Erhebungsjahre ähnlich zu den fremdenfeindlichen Denkweisen der Bürger.

Zick und Küpper haben untersucht, inwiefern Elemente der GMF in der politischen Mitte anzutreffen sind und stellten fest, dass sie feindseliger wird. So unterscheiden sich Befragte, die sich selbst in der politischen Mitte verorten, in ihren Zustimmungen zu Rassismus, Antisemitismus und der Abwertung von Obdachlosen nicht von jenen, die sich politisch ganz rechts positionieren. Außerdem habe das Ausmaß an Fremdenfeindlichkeit in der politischen Mitte drastisch zugenommen (Zick/Küpper 2006: 120). Auch knapp zehn Jahre später stimmte jede fünfte Person, die ihre politische Meinung in der Mitte verortete, den fremdenfeindlichen Aussagen innerhalb der Studie zu (Zick et al. 2016: 73).

Die Bielefelder Langzeitstudie hat unter anderem ergeben, dass die Ideologie der Ungleichwertigkeit tief in die deutsche bürgerliche Mitte greift. Da sich die Forschungsfrage im Besonderen aber um Fremdenfeindlichkeit in strukturschwachen Regionen dreht, ist es unerlässlich, den theoretischen Rahmen der GMF auf den sozialen Raum zu beziehen und bisherige Studien vorzustellen, die Fremdenfeindlichkeit in unterschiedlichen Gebieten zu messen versuchen.

Beckmann untersuchte im Rahmen der Evaluation des Programms „Weltoffenes Sachsen für Demokratie und Toleranz“ GMF innerhalb des Bundeslandes und ermittelte signifikant höhere Zustimmung zu fremdenfeindlichen Einstellungen innerhalb Sachsens sowie den restlichen neuen Bundesländern. So stimmten 62,3 Prozent der befragten Sachsen der Aussage zu, dass zu viele Ausländer in Deutschland leben. In den übrigen neuen Bundesländern waren es 57,2 Prozent und in den alten Bun-

desländern 46,2 Prozent (Beckmann 2012: 16). Sachsen sind anhand dieser Ergebnisse deutlich fremdenfeindlicher als der Rest der deutschen Bevölkerung. Des Weiteren überprüfte die Autorin GMF in Abhängigkeit der Stadt- und Gemeindegrößen und stellte fest, dass Bewohner aus kleineren Gemeinden und Kleinstädten mit weniger als 50.000 Einwohnern in Sachsen stärker als die anderen Befragten zu Fremdenfeindlichkeit und Islamfeindlichkeit sowie weiteren GMF-Elementen neigten (Beckmann 2012: 37).

Wie Beckmann als auch die PKS können Gostomski et al. eine höhere Fremdenfeindlichkeit in Ostdeutschland belegen (Gostomski et al. 2007: 103). Als Grund liefern sie eine allgemein autoritärere Haltung der Ostdeutschen und ein stärkeres Gefühl drohender Desintegration. Dieses sehen sie vor allem bei rechtsextremen Parteien aufgehoben, da solche Recht und Ordnung versprechen (ebd.: 108). Als Ausdruck von Fremdenfeindlichkeit seien besonders Gewaltdelikte anzusehen, die von Gruppen und unter Beobachtung von Zuschauern ausgeübt würden. Die Täter berufen sich dabei „nicht selten auf einen vermeintlichen Rückhalt in der Bevölkerung, eigene fremdenfeindliche Einstellungen werden offen als Motiv für die Tat angegeben“ (ebd.: 104).

Aber nicht nur Gostomski et al. verweisen auf rechtsextreme Handlungspraktiken in ostdeutschen Gruppen. Petzke et al. schreiben im Hinblick auf in Gruppen geäußerte rechtsextreme Tendenzen, dass in ländlichen Gemeinden, sowie in Ostdeutschland generell, ein überdurchschnittlich wahrgenommenes Ausmaß normativen Drucks der Gruppe anzutreffen sei. „Entsprechend finden sich Hinweise, dass sich Personen bei ihrer Reaktion auf fremdenfeindliche und antisemitische Äußerungen im Freundes- und Bekanntenkreis tendenziell stärker nach der

wahrgenommenen Mehrheitsmeinung in dieser Gruppe richten, *unabhängig* von der eigenen Einstellung“ (Petzke et al. 2007: 69). Dass eben jene menschenfeindlichen Einstellungen eher im ländlichen sowie gesamten ostdeutschen Raum anzutreffen sind, führen die Forscher auf das vorherrschende „*Gefühl von Machtlosigkeit, des Mangels an sozialer Unterstützung sowie [einem allgemein niedrigen Bildungsniveau]*“ zurück (ebd.: 68).

Über das Gefühl und den Einfluss von politischer Machtlosigkeit schreiben zudem Klein und Hüpping. Für sie ist dies der erklärungskräftigste Faktor für die Entstehung von Fremdenfeindlichkeit (Hüpping 2008: 74). Später erforschte Klein zusammen mit Heitmeyer die Ursache politischer Kapitulation von schwachen Gruppen und deren Folgen. Dabei fanden sie heraus, dass eine niedrige Sozillage tatsächlich mit einer höher empfundenen politischen Machtlosigkeit verbunden sei. Der Eindruck politischer Machtlosigkeit führe dabei zu geringerer Bereitschaft politischer Partizipation und diese wiederum zu einer Neigung zu GMF (Heitmeyer/Klein 2010: 177).

Ebenfalls untersucht wurde der Aspekt des Rechtspopulismus, der einen deutlichen Bezug zu Fremdenfeindlichkeit aufweist.³ Dabei fanden Zick et al. heraus, dass Ostdeutsche signifikant häufiger rechtspopulistischen Einstellungen zustimmen als Westdeutsche (Zick et al. 2009: 95). Außerdem stellen die Forscher in den weiteren Verlaufsjahren fest, dass sich die Ostdeutschen stetig steigend rechtspopulistisch orientieren, wohin-

³ Innerhalb der Bielefelder Langzeitstudie wurde Rechtspopulismus als Einstellungsmuster festgehalten, das neben Fremdenfeindlichkeit autoritäre Law-and-Order-Haltungen sowie Antisemitismus umfasst, sich vom Rechtsextremismus aber bezüglich der Akzeptanz von Gewalt unterscheidet (vgl. Zick et al. 2009: 93)

gegen bei den Westdeutschen keine Veränderung zu verzeichnen sei (Zick et al. 2016: 119).

Die unterschiedlichen Studien der Reihe „Deutsche Zustände“ sowie die anschließende „Mitte“-Studien legen nahe, dass es zwischen Ost- und Westdeutschland deutliche Unterschiede bezüglich menschenfeindlicher Einstellungen gibt. Menschen sind vor allem dann eher fremdenfeindlich, wenn sie aus einer armutsansteigenden Region stammen. Auch wurde deutlich, dass vor allem in ländlichen Gebieten und generell Ostdeutschland höhere Fremdenfeindlichkeit existiert, sodass sich eine Untersuchung des ostdeutschen, ländlichen Raumes in Bautzen besonders anbietet.

Bezüglich des Erhebungsverfahrens der Bielefelder Langzeitstudie sind zweierlei Kritikpunkte angebracht. Zum einen ist es generell schwierig, Einstellungen über den Grad der Zustimmung zu einzelnen Aussagen zu ermitteln (Möller et al. 2016: 25). Zum anderen birgt das Antwortverhalten eines Befragten immer die Gefahr der sozialen Erwünschtheit (Bogner/Landrock 2015: 1). Diese ist vor allem dann besonders hoch, wenn es um Fragen der Einstellungen zu Rassismus oder Fremdenfeindlichkeit geht, die der gesellschaftlichen Norm nicht entsprechen.

Ein weiterer Kritikpunkt betrifft die Begrifflichkeit „Ideologie der Ungleichwertigkeit“. Zieht man Heitmeyers Erklärung zum Begriff der Ideologie heran, erweist sich Ungleichwertigkeit als tautologisch. Denn er nutzt Hoffmanns Definition, die besagt, dass Ideologien Ausdruck der Interessen des überlegenen Teils der Gesellschaft sind (Hoffmann 1972: 95), was eine Auf- und Abwertung von Menschen oder Menschengruppen beinhaltet. Folgt man der Definition, ist der Begriff der Ungleichwertigkeit überflüssig (Legge 2010: 26).

Die genannten Punkte sind zwar wichtig, um sich kritisch mit dem Bielefelder Konzept zur Menschenfeindlichkeit auseinander zu setzen. Jedoch sind für die Forschungsfrage vor allem die empirisch bestätigten Ergebnisse bezüglich der Fremdenfeindlichkeit von Bedeutung.

Bei der Beantwortung der Frage, wie Verantwortliche der Politik politisch rechte Straftaten in strukturschwachen Regionen wahrnehmen, ist es aber nicht nur wichtig, wissenschaftliche Befunde zu menschenfeindlichen Einstellungen wie Fremdenfeindlichkeit darzulegen. Genauso sinnvoll erscheint eine Darstellung vom Beruf des Politikers, der einerseits an die demokratische Grundordnung des Staates gebunden ist, die wiederum laut Verfassung Menschenfeindlichkeit ausschließt. Andererseits ist der Politiker abhängig von seiner potentiellen Wählerschaft, sprich Bürgern mit möglicherweise menschenfeindlichen Einstellungen. Der Politiker scheint dadurch auf den ersten Blick einigen Widersprüchlichkeiten und Unsicherheiten ausgesetzt zu sein, weswegen die Darstellung der unterschiedlichen Formen des Politikbetreibens Eingang findet. Vorrangig wird dabei zwischen Haupt- und Ehrenamtlern unterschieden.

2.2 Der Beruf des Politikers

Der Ursprung des Wortes liegt im griechischen πόλις (polis), das eine Siedlung im Schutz einer Burg bedeutet. Durch diese recht grobe Beschreibung verwundert es nicht, dass die heutige Politikwissenschaft über ein breitgefächertes Definitionsangebot des Wortes Politik verfügt. Massing unterscheidet dabei zwischen „weiten und engen, formalen und

stärker inhaltlichen Politikbegriffen, zwischen zweckorientierten, mittelorientierten und problemorientierten sowie zwischen gouvernementalen, normativen, konfliktorientierten Politikbegriffen“ (Massing 1995: 69). Aufgrund der vielen verschiedenen Bereiche der Politik ist es schwer eine allumfassende Definition zu liefern, sodass je nach Fragestellung meist mit unterschiedlichen Politikbegriffen gearbeitet wird. Meyer liefert dennoch eine viel zitierte und umfassende Definition, wenn er sagt, dass Politik die „Gesamtheit der Aktivitäten zur Vorbereitung und zur Herstellung gesamtgesellschaftlich verbindlicher und/oder am Gemeinwohl orientierter und der ganzen Gesellschaft zu Gute kommender Entscheidungen“ (Meyer 2003: 41) bedeutet. Für Weber scheint Politik ebenfalls ein äußerst weiter Begriff zu sein, über den er am 28. Januar 1919 in München vor dem freistudentischen Bund einen Vortrag hielt. Später folgte eine Überarbeitung und Verschriftlichung des Vortrags. Dabei erklärte er Politik als „Leitung oder die Beeinflussung der Leitung eines *politischen* Verbandes, heute also: eines *Staates*“ (Weber 2009: 3). Der Politiker sei demnach ein, der Herrschaft untergebener, Verwalter des Staates, der sich durch „Streben nach Machtanteil“ (ebd.: 4) auszeichnet.

In seinen Ausführungen differenziert er die Politik als Beruf insofern aus, als dass man darin haupt-, und nebenberuflich sowie gelegentlich arbeiten kann. Auf letzte Art und Weise arbeiten all diejenigen, die ihren Wahlzettel abgeben oder sich in anderer Form politisch äußern, z. B. bei politischen Demonstrationen. Als nebenberufliche Politiker fasst Weber alle, die dies „nur im Bedarfsfalle ausüben und weder materiell noch ideell in *erster* Linie daraus ihr Leben machen“ (ebd.: 10). Dazu gehören Vertrauensmänner und Vorstände von parteipolitischen Vereinen sowie

Stadträte oder Parlamentarier, die nur während einer bestimmten Zeit Politik betreiben.

Unter den Hauptberuflichen trifft Weber eine zusätzliche Unterscheidung. Wer „für die Politik- oder aber: von der Politik“ (ebd.: 11) lebt. Diese Differenzierung bezieht er auf den ökonomischen Status. „Von der Politik als Beruf lebt, wer danach strebt, daraus eine dauernde *Einnahmequelle* zu machen, - für die Politik der, bei dem dies nicht der Fall ist“ (ebd.: 11). Menschen, die für die Politik leben, müssen demnach von den Einnahmen der Politik unabhängig sein. Hierbei weist Weber auf die mögliche Gefahr einer Leitung hin, welche ausschließlich für die Politik und nicht von der Politik lebt: Sie bedeute „notwendig eine *plutokratische* Rekrutierung der politisch führenden Schicht“ (ebd.: 12), die zu einer hohen sozialen Ungleichheit beiträgt. Deswegen sei es wichtig, Politik ebenfalls Vermögenslosen zugänglich zu machen. Denn vor allem bei ihnen finde sich der „rücksichts- und voraussetzungslose politische Idealismus“, den es zu entlohnen gilt (ebd.: 13).

Bei der Berufsausübung führt Weber weiter aus, „dass drei Qualitäten vornehmlich entscheidend sind für den Politiker: Leidenschaft – Verantwortungsgefühl – Augenmaß“ (ebd.: 45). Paradoxerweise sieht der Soziologe Leidenschaft gepaart mit Sachlichkeit, also eine passionierte Hingabe an eine Sache ohne - wie Simmel zu sagen pflegte - sterile Aufgeregtheit (ebd.: 45). Denn diese würde den beiden weiteren Charaktereigenschaften, Verantwortungsgefühl und Augenmaß, im Ganzen widersprechen. Daher sei es wichtig, nüchtern und distanziert zu Dingen und Menschen zu stehen, um wirkliche Verantwortung tragen zu können. Daran anschließend formuliert er die größte Schwäche, die ein Politiker mit sich führen kann: „die ganz gemeine *Eitelkeit*, die Todfeindin aller

sachlichen Hingabe und aller Distanz“ (ebd.: 46). Für Weber sei es aus diesem Grund für den Arbeiter im politischen Feld besonders wichtig, einen ‚kühlen Kopf‘ zu bewahren.

Im Laufe des 20. sowie beginnenden 21. Jahrhunderts beschäftigte sich aber nicht nur Weber mit dem Beruf des Politikers. Weitere Forscher thematisieren eine Veränderung der Parteienlandschaft und der darin enthaltenen Professionalisierung von Politikern. Dies unterstreicht die Wichtigkeit einer Unterscheidung zwischen Haupt- und Ehrenamtlern.

Holtkamp meint dazu, „dass im Zuge des Industrialisierungs- und Modernisierungsprozesses seit den 1970er Jahren soziale und ökologische Probleme in vielen Kommunen entstanden seien“ (2011: 104), deren steigende Komplexität nur durch Professionalität aufzufangen sei. Genauer schreiben Poguntke und van Biezen dazu, dass technologische Innovationen sowie Säkularisierung zu einer Abnahme der kollektiven Identität und damit einer einhergehenden Abnahme von Mitgliedschaften in Parteien führten (2014: 206). Die veränderte Parteienlandschaft professionalisiert sich: „As a result, politics has become more and more about the competition between professionalized party elites and less about the mobilization and integration of socially distinct groups“ (ebd.: 206).

Bezüglich des Wettstreits schreibt auch Holtkamp, dass eine voranschreitende Professionalisierung mit einem konkurrenzdemokratischen System einhergehe, in welchem eine klare Trennung zwischen Regierungs- und Oppositionsfraktion vorherrscht. Außerdem sei Professionalisierung und Konkurrenzdemokratie mit einer unaufhaltsamen Parteipolitisierung verbunden (Holtkamp 2011: 106).

Reiser untersucht in ihrer Studie Politiker in Kommunen und stellt fest, dass dort ein ähnlicher Trend wie in den Großstädten zu erkennen ist:

hin zur Professionalisierung. Für Reiser birgt dieser Umstand das Risiko der sozialen Schließung. Hat sich der Politiker professionalisiert und ist in seinem Amt hauptberuflich tätig, so ist er von diesem materiell abhängig. Um seine Existenz zu sichern „wenden die Politiker daher Strategien an, um ihren Verbleib in der Politik zu sichern“ (Reiser 2006: 256).

Bezüglich des Ehrenamtes schreibt Reiser ähnlich wie Holtkamp (2011: 112), dass dieses Engagement in der Kommunalpolitik als wichtige Lernstation und als Teil der ‚Ochsentour‘ zu den hauptamtlichen Positionen auf den höheren Ebenen betrachtet wird (2006: 257). Das Ehrenamt wird demzufolge als eine Art Voraussetzung für eine hauptberufliche Amtsausübung angesehen. Um aber überhaupt ehrenamtlich politisch arbeiten zu können, setzt Reiser, ähnlich wie Weber (2009: 14), wiederum eine Abkömmlichkeit voraus. Es können nur diejenigen ehrenamtlich arbeiten, die flexibel und ungebunden seien (Reiser 2006: 149). Auch Gehne et al. stellen in ihrem wissenschaftlichen Gutachten einige Merkmale des kommunalen Ehrenamtes in Nordrhein-Westfalen fest. So sind Mandatsträger „älter als der Bevölkerungsdurchschnitt, sehr gut ausgebildet und überwiegend männlich“ (2017: 56). Außerdem beschreibt er, dass Ehrenamtler einem besonders hohen Zeitaufwand ausgeliefert sind (ebd.: 44) und viele weitere Mitgliedschaften in unterschiedlichen Ausschüssen innehaben (ebd.: 48). Inwieweit sie ihren eigentlichen politischen Aufgaben nachkommen können, ist daher fraglich.

Die bisherigen Ausführungen zeigen, dass eine Unterscheidung von Politikern, die ehrenamtlich oder hauptberuflich politisch aktiv sind, einerseits essentiell ist für die politische Arbeit selbst, andererseits aber auch für die Forschung über Politiker. Im Folgenden wird nun eine Brücke geschlagen zwischen dem Konzept der GMF und den theoretischen Aus-

führungen über haupt- und ehrenamtliche Politiker. Denn bisher blieb in der Forschungslandschaft offen, wie Politiker aus Regionen mit überdurchschnittlicher Fremdenfeindlichkeit GMF unter ihren potenziellen Wählern wahrnehmen und wie sie als Vertreter der Demokratie darauf reagieren. Unter dem Punkt „Implikationen für die empirische Forschung“ werden nun Hypothesen formuliert.

2.3 Implikationen für die empirische Forschung

Aus dem Forschungsstand ergeben sich bezüglich der Frage „Wie nehmen politische Verantwortungsträger politisch motivierte rechte Kriminalität in einer Region mit überdurchschnittlicher Fremdenfeindlichkeit wahr?“ mehrere Hypothesen.

So sind in Bezug auf GMF grundsätzlich zwei verschiedene Muster anzunehmen, dass Politiker diese wahrnehmen (Wahrnehmungsmuster A) oder nicht (Wahrnehmungsmuster B). Nehmen Politiker sie wahr, ist weiter davon auszugehen, dass sie unterschiedliche Reaktionsmuster zeigen: Sie können es innerhalb ihrer Politik als nicht behandlungsbedürftig einstufen (Reaktionsmuster AA), sie können es unterstützen (Reaktionsmuster AB) oder sie nehmen es als Problem wahr, das es zu bewältigen gilt (Reaktionsmuster AC). Nehmen die Politiker keine GMF wahr, ist anzunehmen, dass dies keinerlei Auswirkungen auf ihr Selbstverständnis und die Politik innerhalb ihres Feldes hat (Reaktionsmuster BA). Bevor diese Annahmen anhand des erhobenen Datenmaterials überprüft werden, wird das Forschungsdesign beschreiben.

3. Forschungsdesign

3.1 Beschreibung des Feldes und des Feldzugangs

Bautzen bietet sich aus mehrererlei Hinsicht als ein zu untersuchendes Feld an. Als ostdeutsche, ländliche Stadt mit knapp weniger als 40.000 Einwohnern entspricht sie bereits den Charakteristika, die für Beckmann (2012) als auch Petzke et al. (2007) eine generell höhere GMF bergen. Zudem ist Bautzen noch aus einem anderen Grund besonders geeignet, um die vorliegende Forschungsfrage zu beantworten. In unterschiedlichen medialen Darstellungen, ob Fernsehberichte, YouTube Videos oder Zeitungsartikel, wird seit einiger Zeit zunehmend eine Auseinandersetzung mit rechter Gewalt deutlich.

Anlass dazu bietet nicht nur der bereits erläuterte Fall des CDU-Politikers Witschas. In der jüngsten Bautzener Vergangenheit ereigneten sich weitere fremdenfeindliche Vorfälle, wie zum Beispiel die wiederholten Auseinandersetzungen zwischen Rechten und Geflüchteten auf dem Bautzener Kornmarkt. Laut des Zeit Online Artikels „Es musste eskalieren“ (2016) fanden am Abend des 14. Septembers 2016, nach wochenlangen Spannungen, verbale und tätliche Auseinandersetzungen zwischen 80 Personen aus dem rechten Spektrum und etwa 20 minderjährigen Geflüchteten statt, die in einer Jagd auf die Geflüchteten endete. Um die Situation zu deeskalieren waren insgesamt rund 100 Polizeibeamte nötig.⁴

⁴ In dem Artikel „*Policing the Crisis* in Bautzen“ beschreiben die Autoren Perthus und Belina diesen Vorfall in Anlehnung an Stuart Halls klassische Studie „*Policing the Crisis*“ als einen, durch Moralpanik entstandenen Kampf um Hegemonie (Perthus/Belina 2017).

Ein weiterer Vorfall geschah ein halbes Jahr zuvor und betraf ebenfalls Geflüchtete: In der Nacht zum 21. Februar brannte eine geplante Asylunterkunft, das ehemalige Hotel „Husarenhof“. Wie in dem Onlineartikel „Geplante Asylunterkunft brennt, Schaulustige jubeln“ (2016) des Tagesspiegels zu lesen ist, kommentierten manche mit abfälligen Bemerkungen und Freude die Löscharbeiten oder behinderten diese massiv. Zwei Jugendliche wurden deswegen sogar in Gewahrsam genommen. Der Vorfall erregte deutschlandweite Aufmerksamkeit, nicht zuletzt weil der Fall bis heute unaufgeklärt ist.

Ein weiteres Ereignis, das öffentlich diskutiert wurde, war der Besuch des ehemaligen Bundespräsidenten Joachim Gauck, der in der Stadt über Demokratie und die Herausforderungen der Flüchtlingskrise sprechen wollte. In einem Moment des Besuchs wurde Gauck dabei von rund einem Dutzend augenscheinlich rechter Demonstranten als Volksverräter beschimpft. Einige der Demonstranten zeigten dem Bundespräsidenten sogar den Mittelfinger (Zeit Online 2016).

Diese Vorfälle deuten hin auf eine ausgeprägte Fremdenfeindlichkeit innerhalb der Bautzener Bürgerschaft, weswegen eine Untersuchung dieses sozialen Raums als besonders geeignet erscheint.

Bezüglich des Feldzugangs ist zu sagen, dass alle hier vorliegenden Daten aus dem Projekt „Konfliktlinien im öffentlichen Raum am Beispiel Bautzen“ stammen, die vom IKG bereitgestellt wurden.⁵

⁵ In dem Artikel „Woher der Hass kommt“ sind weitere Informationen des Feldzugangs und der Mitarbeitenden des Projekts zu finden (Houben 2017).

3.2 Wahl des Erhebungsinstruments

Um die vorliegende Forschungsfrage zu beantworten werden insgesamt vier verschiedene Interviews mit Bautzener Politikern analysiert. Es handelt sich dabei um leitfadengestützte Experteninterviews. Politiker gelten aus soziologischer Sicht insofern als Experten, da sie „über ein spezifisches Rollenwissen verfügen, solches zugeschrieben bekommen und diese besondere Kompetenz für sich selbst in Anspruch nehmen“ (Wohlrab-Sahr/Pryzborski 2014: 119).

Insgesamt können drei verschiedene Wissensformen von Experten bereitgestellt werden. Erstens haben sie Insiderwissen, das heißt in dem vorliegenden Fall wissen sie über Abläufe, Regeln und Mechanismen innerhalb der Bautzener Stadtpolitik Bescheid (Meuser/Nagel 1994: 180). Zweitens verfügen Experten immer über sogenanntes Deutungswissen. Wohlrab-Sahr und Pryzborski schreiben dazu: „Experten bestimmen in hohem Maße das Bild, das wir von bestimmten Sachverhalten haben, unsere Einschätzung von Risiken und Sicherheiten, Entwicklungen und Trends, Relevanzen und Irrelevanzen. Das Expertengespräch soll in diesem Fall einen Zugang zu eben diesen Deutungen eröffnen“ (2014: 120). Drittens verfügen Experten über sogenanntes Kontextwissen. Dabei geht es darum, wie Experten andere Personengruppen einschätzen. „Expertenwissen als Kontextwissen liefert also Zusatzinformation für eine Untersuchung, bei der die Experten nicht die eigentliche Zielgruppe darstellen“ (ebd.: 120). Sollen diese drei Formen untersucht werden, müsse man sie aber getrennt voneinander betrachten.

Zum Ablauf der Experteninterviews lässt sich sagen, dass sie in der Regel leitfadengestützt durchgeführt werden. „Der Leitfaden wird dabei meist als eine Reihe von Sachfragen verstanden, die aus dem Forschungsinter-

resse abgeleitet sind und vom Interviewpartner beantwortet werden sollen“ (ebd.: 121). Leitfadeninterviews können demnach immer unterschiedlich aussehen, enthalten aber vorformulierte Erzählaufforderungen oder Stichpunkte für frei formulierte Fragen, die das gesamte Interview rahmen. Helfferich hält dazu fest: „Die Erstellung eines Leitfadens folgt dem Prinzip »So offen wie möglich, so strukturierend wie nötig«“ (2014: 560).

So sei es bei den meisten, wie ebenfalls der hier vorliegenden Forschungsfrage, hilfreich, bei aller grundsätzlichen Offenheit, den Interviewablauf in einem gewissen Maß zu steuern. Bezüglich der zu interviewenden Person ist es wichtig, eine Selbstpräsentation des Experten gewährleisten zu können, um seinen Status entsprechend zu würdigen (Wohlrab-Sahr/Pryzborski 2014: 123), wie z. B. in Interview A mit der Eingangsfrage „Sind sie schon mal interviewt worden“. Des Weiteren sollte eine selbstläufige Sachverhaltsdarstellung angeregt werden, wie z. B. im Interview C durch die Aussage „Wenn Sie in Berlin mit ihren Kollegen sprechen und sie fragen »Was ist Bautzen für eine Stadt?« Was antworten Sie darauf?“. Nachdem die Merkmale eines leitfadengestützten Experteninterviews dargelegt wurden, wird im Anschluss daran nun das empirische Material vorgestellt.

3.3 Beschreibung des empirischen Materials

Wie bereits erwähnt, stammen die Daten aus dem Projekt „Konfliktlinien im öffentlichen Raum am Beispiel Bautzen“, in dem sowohl hauptamtliche und ehrenamtliche Politiker interviewt wurden, als auch Bürger, Ortsverbände und Geflüchtete. Insgesamt werden vier, der im Rahmen

des Projekts geführten, Interviews in dieser Arbeit inhaltsanalytisch untersucht. Zwei dieser Interviews wurden mit Stadträten geführt, die ehrenamtlich politisch tätig sind. Interview A ist mit einem männlichen Stadtrat geführt worden und ist 50 Minuten lang (EM). In Interview B arbeitet die Person ebenfalls ehrenamtlich und ist weiblich (EW). Dieses Interview hat eine Länge von 53 Minuten. Interview C ist mit einem männlichen Stadtrat geführt worden, der hauptamtlich politisch aktiv ist und die Aufnahme erstreckt sich über eine Länge von 56 Minuten (HM). In Interview D, einem 36-minütigen Interview, ist die befragte Person auch hauptamtlich politisch tätig, aber weiblich (HW). Es handelt sich also um vier Interviews, mit zwei Ehren- und Hauptamtlern beider Geschlechter. Um die Anonymität der interviewten PolitikerInnen zu wahren, darf ihre Parteizugehörigkeit nicht genannt werden. Im Folgenden wird erläutert, inwiefern das Datenmaterial ausgewertet wird.

3.4 Analysemethode

Die vorliegenden Interviews mit den Bautzener Politikern werden mithilfe der qualitativen Inhaltsanalyse untersucht. Mayring schreibt dazu: „Ziel der Inhaltsanalyse ist, darin besteht Übereinstimmung, die Analyse von Material, das aus irgendeiner Art von Kommunikation stammt“ (2015: 11). Jedoch sei bei der Inhaltsanalyse zwischen einer Analyse von Inhalt und Form zu unterscheiden. Für Mayring ist zudem wichtig, dass man systematisch, regel- und theoriegeleitet vorgeht. Systematisch und regelgeleitet muss sie sein, um nachprüfbar sein zu können. Theoriegeleitet muss sie sein, damit nicht einfach nur ein Text referiert, sondern das Ergebnis der Analyse vor dem Theoriehintergrund interpretiert werde (ebd.: 13).

In Bezug auf die Forschungsfrage wird eine ganz bestimmte Technik der Inhaltsanalyse angewandt: die Frequenzanalyse. „Die einfachste Art inhaltsanalytischen Arbeitens besteht darin, bestimmte Elemente des Materials auszuzählen und in ihrer Häufigkeit mit dem Auftreten anderer Elemente zu vergleichen“ (ebd.: 13). Genauer heißt dies, dass Aussagen gezählt werden, die zuvor mit dem Prinzip des Codierens erfasst wurden. Das Codieren entspringt der Grounded Theory. Diese ist streng genommen keine Analysemethode, sondern eine „Basisstrategie interpretativer Sozialforschung“ (Lueger 2010: 220). Das Codieren ist dabei „die komplexe Zuordnung von zentralen Begriffen zu Textabschnitten, [...] anhand derer die Lesart des Texts expliziert wird, also der/die Forscher/in den Sinn des Texts offen legt“ (Kruse 2015: 379).

Neben dem bekannten dreistufigen Codierprozess des offenen, axialen und selektiven Codierens, wird in dieser Arbeit das weniger bekannte „thematische Codieren“ angewandt. Strauss, einer der Entwickler der Grounded Theory, entwickelte diese Form des Codierens im Rahmen thematisch und zielgruppenspezifisch fokussierter Studien. Kruse schreibt dazu, dass das thematische Codieren vor dem Hintergrund eines Ziels der Erhöhung der direkteren Vergleichbarkeit des empirischen Materials zwischen der Codierstrategie einer Themeninventarisierung und einem inhaltsanalytisch-kategorisierenden Zugang schwankt, der sich partiell sequenzanalytisch vollziehen kann (Kruse 2015: 397).

Die Codes werden mithilfe des Softwareprogramms MaxQDA erstellt. „Der große Vorteil von QDA-Software ist, dass im Unterschied zum Arbeiten mit Papier und Stifte(n) die so generierten Codes nicht nur neben dem Text stehen, sondern zudem automatisch in einem gesonderten Codesystem festgehalten werden. [...] Auch Anmerkungen, theoretische

Aspekte und Ideen für verschiedene Dimensionen der Codes können direkt in Form von Code-Memos festgehalten werden, sodass detailliert beschriebene Kategorien entstehen“ (Kuckartz 2015: 145). MaxQDA bietet sich wegen seiner unterschiedlichen Anwendungsmöglichkeiten für computergestützte qualitative Datenanalyse also besonders für die Auswertung an.

In Bezug zur Forschungsfrage wird im Hinblick auf zwei thematische Felder codiert. Der dargelegte Forschungsstand hat gezeigt, dass sowohl GMF als auch das Selbstverständnis der Politiker in der Stadt Bautzen von besonderem Interesse ist. Daher werden zum einen alle Aussagen codiert, die die Wahrnehmung der potentiell fremdenfeindlichen Wählerschaft thematisieren. Zum anderen werden alle Aussagen erfasst, die sich auf die Politiker selbst beziehen und von der Wahrnehmung innerhalb ihres politischen Feldes handeln. Es werden also Kategorien gebildet, die nach zwei Themenfeldern geordnet sind. Nach dem Verfahren des offenen Codierens verdichten sich die Kategorien im Laufe der Analyse in noch weitere Subkategorien. Daraufhin werden die Ergebnisse zuerst in den Kategorien geordnet dargestellt. Später werden die Kategorien in Haupt- und Ehrenamtler zusammengefasst, um so zwischen den beiden Politikertypen vergleichen zu können. Besonders wichtig festzuhalten ist, dass die Kategorien- und heuristische Typenbildung ausschließlich anhand der vier Interviews geschehen und das Sample dabei nicht gesättigt ist. Aufgrund dessen erhebt diese Arbeit keinen Anspruch darauf eine vollständige Typologie abzubilden.

4. Ergebnisse

4.1 Wahrnehmung der GMF in Bautzen

Bei der Untersuchung der vier Interviews konnten insgesamt 64 Aussagen mit Bezug zur Wahrnehmung von GMF in Bautzen erhoben werden. Innerhalb des Themenfeldes der GMF wurden im Laufe der Analyse drei Kategorien gebildet: So gibt es insgesamt 34 Aussagen über die Wahrnehmung von Problemen mit Fremdenfeindlichkeit, 19 Aussagen über die Wahrnehmung der Reaktion unter den Bürgern zu Fremdenfeindlichkeit und schließlich 11 Aussagen, in denen Fremdenfeindlichkeit als kein Problem wahrgenommen wird.

Die Codes innerhalb der drei Kategorien konnten in verschiedene Subkategorien unterteilt werden, welche im Folgenden genauer dargestellt werden. Um ein besseres Verständnis sowie einen Überblick von den (Sub-)Kategorien zu vermitteln, werden dabei exemplarisch Aussagen aufgeführt. Weiterhin werden besonders auffällige Ausführungen hinsichtlich der Wahrnehmung von GMF genauer betrachtet, eine Auseinandersetzung mit jeder einzelnen Aussage würde jedoch zu umfassend sein und den Rahmen der Forschungsarbeit überschreiten.⁶

4.1.1 Kategorie „Problem mit Fremdenfeindlichkeit“

In den vier analysierten Interviews konnten 34 Aussagen identifiziert werden, die von der Wahrnehmung der Fremdenfeindlichkeit unter den

⁶ In einer Erstanalyse wurden im Hinblick auf die Wahrnehmung von GMF keine systematischen Geschlechterunterschiede beobachtet, sodass eine weitergehende Analyse bezüglich der Geschlechter in dieser Arbeit keinen Eingang findet. Es ist möglich, dass bei einem größeren und gesättigten Sample Unterschiede festgemacht werden könnten.

Bürgern handeln. Diese Aussagen konnten thematisch in vier verschiedene Subkategorien unterteilt werden. Zwei Aussagen konnten keiner Subkategorie zugeordnet werden, weil sie lediglich eine generelle und keine spezifische Problematik mit Fremdenfeindlichkeit thematisieren. In Tabelle 1.) sind alle Codes zusammengefasst, die der Kategorie „Problem mit Fremdenfeindlichkeit“ zugehören und in Hauptamt weiblich (HW), Hauptamt männlich (HM), Ehrenamt weiblich (EW) und Ehrenamt männlich (EM) zusammengefasst sind.

Tab. 1.) Erfasste Codes zu „Problem mit Fremdenfeindlichkeit“

| PolitikerIn | Angst | GMF Flüchtlinge | GMF auf struktureller Ebene | GMF Muslime | Summe |
|-------------|-------|-----------------|-----------------------------|-------------|-------|
| HW | 1 | 8 | 4 | 0 | 13 |
| HM | 1 | 1 | 0 | 0 | 2 |
| EW | 1 | 5 | 0 | 1 | 7 |
| EM | 4 | 4 | 0 | 2 | 10 |
| Summe | 7 | 18 | 4 | 3 | 32 |

Subkategorie 1: „Angst“

Sieben Aussagen thematisieren die Ängste der Bürger bezüglich Fremden. Die Politiker nehmen unter den Bautzener Einwohnern vor allem ein Gefühl der Verlustangst wahr. Sie nennen einerseits Angst vor einem generellen und unspezifischen Gefühl des Verlustes:

„Trotzdem hat man hier so eine Art, ich möchte mal überschreiben Verlustangst. Ich weiß zwar nicht, vor was man Verlust, welcher Verlust das sein soll, aber ich hab so eine Empfindung als wär‘ das so als würde man was verlieren“ (Ehrenamt männlich; Position: 260-264).

Andererseits werden mehrere spezifische Beispiele der Verlustangst genannt. Erstens werden Ängste um Verluste von Sozialbeziehungen ange-

führt. Durch den Umstand, dass viele junge Männer Asyl suchen, hätten die Bautzener bei der Partnersuche mehr Konkurrenz. Der ehrenamtliche Politiker sagt dazu:

„Da ist ´ne Brisanz drinne, das zu sehen. Der junge gutaussehende Nordafrikaner mit der blonden Deutschen, die sich natürlich erfreut an der Exotik und das versteht der Deutsche nicht, der dasteht mit seinen kurzgeschorenen Haaren ‚Da ist meine Braut‘. Ich sag’s jetzt mal ganz banal ne, aber so ist die Denkweise“ (Ehrenamt männlich; Position: 581-586).⁷

Zweitens wird der Verlust von sozialem Raum genannt. So haben manche Bürger Angst den öffentlichen Kornmarkt, auch „Platte“ genannt, an die Geflüchteten zu verlieren.

„Die haben das Gefühl das ist ihre Platte und sehen sich im Recht und sehen sich och im Recht, dass sie dann Menschen mit ´ner anderen Hautfarbe da vertreiben können gewalttätig.“ (Hauptamt weiblich; Position: 265-268).

Drittens nehmen die Politiker bei den Bürgern die Angst um ihre Teilnahmechancen an Entscheidungsprozessen. Der ehrenamtliche Politiker beschreibt diese Angst wie folgt:

„Der sieht das nur und sagt ‚toll und wo bleib ich? ‘. So diese, man hat Angst, dass man selber irgendwo auf der Strecke bleibt ‘Jetzt kommen die an und überhaupt‘ ´ne.“ (Ehrenamt männlich; Position: 152-155).

Subkategorie 2: „GMF Geflüchtete“

Innerhalb der Kategorie „Problem mit Fremdenfeindlichkeit“ konnten 18 Aussagen identifiziert werden, die sich auf eine verstärkte GMF in Bezug auf Geflüchtete beziehen. Innerhalb der Subkategorie „GMF Ge-

⁷ Auffällig ist hier ebenfalls die, vom Ehrenamtler, gewählte Darstellung eines üblichen, deutschen Bürgers mit blonden, kurzgeschorenen Haaren und der ebenso blonden Deutschen, die sich an der Exotik eines Flüchtlings erfreut, was eher der Rassentheorie im Nationalsozialismus gleicht und weniger dem ‚Durchschnittsdeutschen‘ aus dem Jahre 2017.

flüchtete“ konnten die Ausführungen der Politiker noch einmal thematisch geordnet werden: Sechs Aussagen beinhalten dabei einen Anstieg von Fremdenfeindlichkeit seit der Flüchtlingskrise. So formuliert der ehrenamtliche Politiker:

„Insofern war’s mal ’ne Zeit, wo man gedacht hat: Mensch ist hier ja wirklich ganz gut, aber seit’s hier los ging mit den Flüchtlingen, da ist auch diese rechte Seite wieder erwacht hier in Bautzen“ (Ehrenamt männlich; Position: 70-74).

Die Politiker beschreiben, dass die Probleme mit rechter Gewalt vor allem seit der Flüchtlingskrise „wieder erwacht“ seien, wenngleich es in der Vergangenheit schon rechte Gewalt gegeben hat.

Betrachtet man aber die Ergebnisse der Bielefelder Langzeitstudien, ist die Annahme einer vermehrten Problematik mit rechter Gewalt erst seit der Flüchtlingskrise fraglich. Heitmeyer schreibt dazu: „Zwischen 2009 und 2011 stieg das Gefühl der Einflusslosigkeit als eine Voraussetzung von Wut deutlich an. Ebenfalls stiegen in diesem Zeitraum die Bereitschaft, an politischen Demonstrationen teilzunehmen, und auch die individuelle Gewaltbereitschaft. Dies alles entwickelte sich lange vor der Flüchtlingsbewegung“ (Heitmeyer 2017).

Zwölf weitere Aussagen thematisieren weniger den zeitlichen Aspekt, sondern greifen wahrgenommene Feindlichkeit gegenüber Geflüchteten auf, die sich durch Proteste oder sogar tätliche Übergriffe ausdrückt. So beschreibt eine der vier interviewten Personen:

„[...] da gab es durchaus Interesse, weitgetragenes Interesse in der Stadt, dass man da mal hinget und wie gut, dass mal jemand protestiert und mal sagt, wie’s och nicht weitergeht. Was das jetzt ist, was so nicht weitergehen kann, das ist dann diffus und dann hat man in Geflüchteten halt das tolle Feindbild gefunden.“ (Hauptamt weiblich; Position: 600-605).

In Bezug auf den, in den Medien diskutierten Vorfall der „Hetzjagd“ formuliert die ehrenamtliche Politikerin:

„Zum Beispiel bei der Platte, da würd ich schon sagen, die Tatsache, dass diese Gewalt auf der Platte nicht zurückgewiesen wird gegen Geflüchtete, hängt ganz viel damit zusammen, dass man selber ja auch skeptisch sieht und das woanders auch stört, dass da jetzt so viele junge syrische und schwarze Männer vor dem Einkaufszentrum rumhängen“ (Ehrenamt weiblich; Position: 484-490).

Subkategorie 3: „GMF auf struktureller Ebene“

Neben der Subkategorie „Angst“ und „GMF Geflüchtete“, konnten vier Aussagen ermittelt werden, die die Wahrnehmung von GMF auf struktureller Ebene thematisieren. So wurde die interviewte Person von der Polizei gebeten, keine Pressemitteilungen herauszugeben, wenn sie oder ihr Büro von Rechtsradikalen angegriffen wird:

„Das Problem sitzt halt wirklich vor allen Dingen in den Behörden, in den Ausländerbehörden, in den Ordnungsbehörden, bei der Polizei. Da gibt's keinerlei Problembewusstsein und die haben mich zum Beispiel ja mehrfach auch gebeten, die Polizei und der Staatsschutz, ich soll nicht immer eine Presseerklärung machen, wenn ich von Rechten attackiert werde“ (Hauptamt weiblich; Position: 189-195).

Hier wird neben dem Aspekt der Fremdenfeindlichkeit zudem deutlich, dass Politiker verbale Anfeindungen oder sogar tätliche Angriffe erleben qua ihres Amtes. Eine andere Form von Fremdenfeindlichkeit auf struktureller Ebene wird in einer Erzählung über einen Geflüchteten deutlich, der angeschossen wurde, dessen Körpverletzung aber nicht im Polizeibericht auftaucht:

„Ich hatte hier einen libyschen Familienvater mal sitzen, völlig verzweifelt, der wollte, dass ich mich ihm anvertraue, also er ich ihn mir annehme ähm, weil auf ihn ist geschossen worden und er konnte nicht sichergehen, dass die Polizei das aufnimmt und siehe, das mit dem Schuss taucht im Polizeibericht doch gar nicht auf“ (Hauptamt weiblich; Position: 628-633).

Ein anderer Grund für die offen ausgelebte Menschenfeindlichkeit läge in der Enttabuisierung von Rassismus innerhalb sozialer Netzwerke:

„(...) hat schon auch viel damit zu tun, dass die sich in sozialen Netzwerken in ihren Ansichten bestärken und immer frecher wurden und auch eben Rassismus plötzlich völlig, es wurde einfach enttabuisiert“ (Hauptamt weiblich; Position: 125-128).

Subkategorie 4: „GMF Muslime“

Drei Aussagen beziehen sich auf die Religionszugehörigkeit und inwiefern diese als Ursache für GMF in Betracht gezogen werden kann. Unter „GMF Muslime“ wird festgehalten, dass kein Politiker die Religion unter den Bürgern als problembehaftet wahrnimmt: „Ich glaub, dass Muslime selber nicht das Problem ist. Ich glaub’s nicht, dass das das Problem ist, ich glaub, dass denen grad egal wär, wer für welche Religion hat“ (Ehrenamt männlich; Position: 552-553). Aus Sicht der Politiker ist demnach von keiner Islamfeindlichkeit unter den Einwohnern auszugehen.

Die Kategorie „Problem mit Fremdenfeindlichkeit“ enthält insgesamt 32 Aussagen, die die Wahrnehmung von Fremdenfeindlichkeit unter den Bautzener Bürgern thematisieren und in denen deutlich wird, dass Bautzen in vielerlei Hinsicht Bezug hat zu rechter Gewalt. Erstens sehen die Politiker die Problematik der rechten Gesinnung verstärkt durch die Flüchtlingskrise im Jahr 2015. Seither gibt es vermehrten Protest und auch tätliche Übergriffe, wie der Vorfall auf dem Kornmarkt zeigt. Außerdem werden unterstützende Faktoren für GMF auf struktureller Ebene gefunden. So sind fremdenfeindliche Handlungsweisen in der Polizei und sozialen Netzwerken aufgezeigt worden.

Des Weiteren wird von den verschiedenen Politikern vermehrt ein Gefühl der Angst seitens der Bürger wahrgenommen, das die Fremdenfeindlichkeit verstärkt. Hier kann ein Rückbezug zu den theoretischen Annahmen zur Desintegrationstheorie getroffen werden. So kann die Angst vor dem Verlust des Kornmarktes an Geflüchtete vor allem als Angst vor Desintegration in der sozialstrukturellen Dimension angesehen werden. Denn der Kornmarkt dient für viele Bautzener als Treffpunkt und Aufenthaltsort. Doch seit der Flüchtlingskrise wird dieser Ort nicht mehr nur durch die Einwohner besucht, sondern auch durch die hinzugezogenen Geflüchteten.

Darüber hinaus kann die formulierte Angst vor dem Verlust eines potentiellen Partners als Desintegrationserfahrung auf sozioemotionaler Ebene gedeutet werden. Laut Aussage der Politiker sehen manche Bautzener die jungen Geflüchteten als mögliche Konkurrenten bei der Partnersuche. Auf dritter und letzter Ebene, der institutionellen, kann das Unverständnis der Bürger für politische Entscheidungen interpretiert werden, was in der Angst um die eigene soziale Stellung endet (Ehrenamt männlich; Position 152-155).

Auffällig ist, dass der Islam, als Religion vieler Geflüchteter von keinem Politiker als Faktor für menschenfeindliche Einstellungen unter den Bürgern wahrgenommen wird. Es wird folglich keine Islamfeindlichkeit registriert. Im Folgenden werden Ausführungen der Politiker angeführt, die von der Wahrnehmung der Reaktion der Bürger auf GMF handeln.

4.1.2 Kategorie: „Wahrnehmung Reaktion auf GMF“

In der Kategorie „Wahrnehmung Reaktion auf GMF“ wurden 19 Aussagen erfasst, in denen die Politiker Umgangsformen mit GMF der Bürger nennen. Diese Kategorie konnte in insgesamt drei Subkategorien gefasst werden: „Initiative gegen rechts“, „Vogel-Strauß-Taktik“ sowie „Normalitätsverschiebung“, welche nun vorgestellt werden.

Tab. 2.) Erfasste Codes zu „Wahrnehmung Reaktion auf GMF“

| PolitikerIn | Initiative gegen rechts | Normalitätsverschiebung | Kopf-Strauß-Taktik | Summe |
|-------------|-------------------------|-------------------------|--------------------|-------|
| HW | 2 | 6 | 7 | 15 |
| HM | 0 | 1 | 2 | 3 |
| EW | 0 | 0 | 1 | 1 |
| EM | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Summe | 2 | 7 | 10 | 19 |

Subkategorie 1: „Initiative gegen rechts“

In insgesamt zwei Aussagen werden Umgangsformen der Bürger formuliert, die sich gegen rechte Gesinnung positionieren. So werden unterschiedliche Demonstrationen oder Bewegungen genannt, wie eine organisierte Menschenkette am 1. Mai. Die hauptamtliche Politikerin beschreibt dies mit den Worten:

„Und jetzt beim letzten ersten Mai haben wir's ja wieder dann hingekriegt mit der bunten Menschenkette, aber ich muss sagen, es war auch ein Kraftakt und es war auch nur, weil zwei andere Bürger und ich dann irgendwann gesagt haben, wir machen's und dann ham wir quasi dadurch auch der Zivilgesellschaft wieder Leben eingehaucht, aber alles was dazwischen passiert ist, ist eigentlich ziemlich beschämend, auch für die Stadt“ (Hauptamt weiblich; Position 104-111).

Die Politikerin nimmt demnach das Engagement, sich gegen Fremdenfeindlichkeit einzusetzen, bei Bürgern wahr, dabei handele es sich aber lediglich um eine geringe Anzahl.

Subkategorie 2: „Vogel-Strauß-Taktik“

Die zweite Subkategorie heißt „Vogel-Strauß-Taktik“ und umfasst insgesamt zehn Aussagen der Politiker. Genauer ist damit die Handlungsweise des „Wegschauens“ bei Problemen mit rechter Gewalt gemeint, die unter den Bautzener Bürgern auf unterschiedlichen Arten Ausdruck findet. Als Beispiel nennt die ehrenamtliche Politikerin ein Treffen mit Schülern, die zuvor einen Fragebogen zu Rechtsradikalismus in der Schule ausgefüllt haben. Bei der Auswertung des Fragebogens wurden keinerlei Anzeichen von Rechtsradikalismus in Schulen notiert (Ehrenamt weiblich; Positionierung: 500-524). Im persönlichen Gespräch mit der Stadträtin fiel die Antwort der Schüler jedoch anders aus: es gäbe durchaus Rechtsgesinnte unter den Schülern, die auch Kleidung von rechtsradikalen Marken tragen und CDs mit rechtsextremen Inhalten verteilen. Die Tatsache, dass die Schüler in einem vertrauensvollen Gespräch anders antworten als im Kontext einer öffentlichen Umfrage, zeugt gleichzeitig von einem Druck sozialer Erwünschtheit und von einer starken Verschwiegenheit, schon unter den jungen Bürgern der Stadt.

Eine andere Form des Verschweigens oder Wegsehens wird in der Aussage der Hauptamtlerin deutlich:

„Die Kräfte, die sagen wollen ‚Das findet hier gar nicht statt, das ist gar nicht rechts gewesen‘, die waren auch ganz schnell wieder am Werk, weil sie wieder unter dieser Perspektive der Nestbeschmutzung, die wollen ihre Stadt im guten Licht da stehen lassen“ (ebd. ; Positionierung: 468-473).

Laut dieser Aussage gibt es innerhalb von Bautzen das Bestreben, rechte Gewalt unausgesprochen zu lassen, um das Ansehen der Stadt nicht zu „beschmutzen“. Unterschiedliche Aussagen deuten also daraufhin, dass die Bautzener Bürger aus Sicht der Politiker eine Kultur des Wegsehens pflegen und rechte Gewalt akzeptieren.

Subkategorie 3: „Normalitätsverschiebung“

Die dritte und letzte Subkategorie heißt „Normalitätsverschiebung“ und beinhaltet sieben Aussagen. Die Politiker nehmen hier die Problematik wahr, dass rechtes Gedankengut immer weiter in die bürgerliche Mitte greift. So erzählt die hauptamtliche Politikerin:

„Also das Problem organisierte rechte Strukturen, das gibt's eigentlich schon seitdem ich jetzt hier bin. Allerdings ähm, dass es so eine in die Mitte der Gesellschaft eben Rassismus ja relativ zum Ausdruck bringt, das kam, das ist erst seit ein paar Jahren so entstanden und der Auslöser war, dass mehr Geflüchtete gekommen sind“ (Hauptamt weiblich; Positionierung: 85-91).

Hier verknüpft die Politikerin, wie zuvor bereits beschrieben, die wachsenden rechten Strukturen mit der Flüchtlingskrise.

In weiteren Aussagen werden aber andere Verknüpfungen gemacht. So sagt die hauptamtliche Politikerin an anderer Stelle:

„Die haben sich irgendwann ja bestärkt gefühlt, die haben, wenn die andauernd keine Gegenwehr kriegen, denn die fühlen sich im Recht, wenn die Geflüchtete durch die Stadt jagen. Also das war ja wohl organisiert wirklich von rechten Strukturen, aber mit Unterstützung derjenigen, die da ohnehin schon immer rumhängen. Also die Mitte der Gesellschaft vielleicht oder der normale Bürger und die haben, sehen sich dann im Recht, dass die Geflüchtete aus der Stadt jagen können“ (ebd. Positionierung: 505-514).

In dieser Aussage wird vor allem deutlich, dass rechte Strukturen wachsen und in die bürgerliche Mitte greifen, wenn „keine Gegenwehr“ gebo-

ten wird. Die Folge ist dann eine Verschiebung von Normalität, wie bereits Heitmeyer beschrieben hat: „Normalität ist immer ein relationales, nie absolut feststehendes, sozialkulturelles Phänomen, das sich aus den gesellschaftlichen Entwicklungsprozessen, Interpretationen und Diskursen ergibt“ (Heitmeyer 2003a: 300). Die Entwicklungen in Bautzen stellen demgemäß ein sozialkulturelles Phänomen dar, das, laut Heitmeyer, unter folgenden bestimmten Bedingungen entstehen kann: „Erstens eine gesenkte Hemmschwelle der Eliten, vorhandene Stimmungen gegen Schwächere populistisch zu nutzen oder zu verstärken; zweitens eine Zustimmungsmentalität in der Bevölkerung, die populistisch aktivierbar ist; drittens die Existenz eines klar erkennbaren Aggressionsobjekts in Gestalt schwacher, deutlich kenntlicher Gruppen (sozialer Minderheiten) innerhalb der Gesellschaft“ (Heitmeyer 2003b).

Im Falle der Stadt Bautzen stellen die Geflüchteten diese schwache Gruppe dar, welche die Einwohner als Aggressionsobjekt ansehen und „aus der Stadt jagen“. Eine gesenkte Hemmschwelle gegenüber der politischen Elite ist beispielsweise in den Anfeindungen zu erkennen, die die hauptamtliche Politikerin erwähnt. Aber auch der bereits zuvor beschriebene Auftritt des ehemaligen Bundespräsidenten Joachim Gaucks, der öffentlich angefeindet wurde, ist hier zu nennen.

In Bezug auf die Wahrnehmung von Reaktionen auf GMF beschreiben die Politiker dreierlei Handlungsweisen der Bürger: das Zeigen von Initiative gegen rechts, das Wegsehen, die sogenannte Kopf-Strauß-Taktik, und die Wahrnehmung von Normalitätsverschiebung hin zur rechteren Gesinnung. An den gezählten Häufigkeiten wird deutlich, dass in den Interviews vor allem das Wegsehen und die Verschiebung der Normalität als relevant angesehen werden, weniger die aktive Demonstration gegen

rechte Gesinnung. Im Folgenden werden komplementierend diejenigen Aussagen aufgeführt, in denen die Politiker Fremdenfeindlichkeit unter den Bautzenern als kein Problem ansehen.

4.1.3 Kategorie: „Kein Problem mit Fremdenfeindlichkeit“

Die Kategorie „Kein Problem mit Fremdenfeindlichkeit“ umfasst insgesamt elf Aussagen, in denen die Politiker festhalten, dass sie keine Probleme mit rechter Gewalt innerhalb Bautzens wahrnehmen. Diese Kategorie ist folglich gegensätzlich zur zuvor beschriebenen Kategorie „Problem mit Fremdenfeindlichkeit“ und umfasst die Subkategorie „deutscher Durchschnitt“ sowie „Vorfall am Kornmarkt nicht rechtsextrem“.

Tab. 3.) Erfasste Codes zu „kein Problem mit Fremdenfeindlichkeit“

| PolitikerIn | Deutscher Durchschnitt | Vorfall am Kornmarkt nicht rechtsextrem | Summe |
|-------------|------------------------|---|-------|
| HW | 0 | 0 | 0 |
| HM | 3 | 1 | 4 |
| EW | 0 | 0 | 0 |
| EM | 5 | 2 | 7 |
| Summe | 8 | 3 | 11 |

Subkategorie 1: „Deutscher Durchschnitt“

Die Subkategorie heißt „deutscher Durchschnitt“ und umfasst acht Aussagen, die beinhalten, dass Bautzen im gesamtdeutschen Kontext gesehen nicht größere Probleme mit Rechtsradikalen hat, sondern durchschnittlich ist. Der hauptamtliche Politiker sagt dazu:

„Also nochmal, ich schätze ein, dass wir von der Struktur in der Bevölkerung nicht anders aufgestellt sind wie andere Regionen in dieser Republik.“

Deswegen ist so'n Generalverdacht, dass hier eben Extreme nur wohnen, dass hier eben ein Nazikiez und das naja das ist völlig unangebracht“ (Hauptamt männlich; Positionierung: 991-995).

In einem anderen Moment des Interviews vergleicht der Politiker Bautzen mit den nordrhein-westfälischen Städten Bielefeld und Münster (Hauptamt männlich; Positionierung: 547-549). Diese vergleichenden Aussagen bergen vor allem nach der Bundestagswahl im September 2017 besondere Brisanz. Bei dieser erlangte die rechtspopulistische Partei AfD im gesamtdeutschen Raum 12,6% der Stimmen. In dem Wahlkreis Bautzen erwarb die Partei 32,85%. In Münster hingegen waren es mit 4,9% deutlich weniger. Im Hinblick auf die Ergebnisse der Wahlen ist die Aussage des Politikers, Bautzen wäre nicht rechter als andere Regionen, als schlichtweg falsch einzustufen.

Eine weitere Aussage, in der Fremdenfeindlichkeit als durchschnittlich oder normal angesehen wird, liefert der Stadtrat, der ehrenamtlich aktiv ist:

„Die haben sich immer mal irgendwo getroffen, es gab immer solche Leute wo man das schon von außen ansieht. Ja also die sind da schon in der Richtung vielleicht sympathisieren miteinander wie auch immer, aber es gab nach außen nicht viel, dass da mal ein Aufkleber irgendwo hing oder sonst irgendwas das ist immer gewesen, aber es war nicht vorherrschend und ich denk einfach, dass das so drin steckt“ (Ehrenamt männlich; Positionierung: 80-89).

Hier nimmt der Politiker Vandalismus und Propaganda rechter Gesinnung wahr, empfindet das aber für die Stadt Bautzen als normal und unproblematisch.

Subkategorie 2: „Vorfall am Kornmarkt nicht rechtsextrem“

Eine weitere Subkategorie bilden diejenigen Aussagen der Politiker, welche die „Hetzjagd“ am Kornmarkt als nicht problematisch einstufen. So sagt der ehrenamtliche Politiker:

„Das war jetzt erst so mit den Asylleuten, die da auf'm Platz waren und die hier sich den Abend verbracht haben und die anderen, denen gefiel das nicht 'ne. Von daher das kann ja mal sein ne also will man mal für Recht und Ordnung sorgen, so diese Typen 'ne genau“ (Ehrenamt männlich; Positionierung: 542-546).

Eine Auseinandersetzung, die sich zwischen rund 80 „jagenden“ Einwohnern und 20 wegrennenden Geflüchteten abspielt, als unproblematisch einzustufen, deutet hin auf eine starke Verschiebung von Normalität unter den Bautzenern Politikern.

In der Kategorie „kein Problem mit Fremdenfeindlichkeit“ wurden insgesamt 11 Aussagen der Politiker erfasst, die beinhalten, dass es in Bautzen keine Probleme mit Fremdenfeindlichkeit gibt. Dafür sprechen sich vor allem die beiden männlichen Politiker aus, in zweierlei Hinsicht. Zum einen empfinden die Politiker Bautzen in Bezug auf Fremdenfeindlichkeit als durchschnittliche, deutsche Stadt. Zum anderen stufen sie den Vorfall am Kornmarkt als nicht rechtsextrem ein. Durch die beschriebene Aussage des ehrenamtlichen Politikers wird außerdem ein Bezug zum theoretischen Rahmen deutlich. Wie Gostomski et al. herausfanden, suchen Menschen bei drohender Desintegration vor allem nach Recht und Ordnung, die rechtsextreme Parteien versprechen. In der Beschreibung des Politikers verfolgen die Bautzener Bürger die Geflüchteten, genau aus diesem Grund, weil sie Recht und Ordnung schaffen wollen. Hier können also die Annahmen Gostomskis et al. bestätigt werden. Dass die Politiker dennoch keine Probleme wahrnehmen, spricht für eine

Normalitätsverschiebung bei ihnen selbst und nicht nur unter den Bau-
tzener Bürgern. Es ist daher besonders interessant, die Positionierungen
der Politiker zu GMF zu untersuchen, was im Folgenden geschieht.

4.2 Positionierung zu GMF als Politiker

In insgesamt 21 Aussagen positionieren sich die Politiker zu GMF und
insbesondere dem Symptom der Fremdenfeindlichkeit innerhalb Baut-
zens. Die Ausführungen können in zwei Subkategorien gefasst werden:
„Initiative gegen rechts“ und „kein Handlungsbedarf/Akzeptanz von
rechts“

Tab. 4.) Erfasste Codes zu „Positionierung zu GMF als Politiker“

| PolitikerIn | Initiative gegen rechts | Akzeptanz von rechts | Summe |
|-------------|-------------------------|----------------------|-------|
| HW | 6 | 0 | 6 |
| HM | 0 | 2 | 2 |
| EW | 0 | 6 | 6 |
| EM | 1 | 6 | 7 |
| Summe | 7 | 14 | 21 |

Subkategorie 1: „Initiative gegen rechts“

Insgesamt sieben Aussagen der Politiker stehen für eine deutliche Initia-
tive gegen rechte Strukturen. So formuliert vorrangig die hauptamtliche
Politikerin zum Vorfall des Husarenhofbrandes:

*„Das eigentlich Dramatische ist ja nicht nur der Angriff, sondern auch die
Tatsache, dass es also öffentlichen Beifall gibt dafür und dass mit diesem
öffentlichen Beifall nicht offensiv umgegangen wurde“ (Hauptamt weib-
lich; Positionierung: 437-440).*

Eine weitere Ausführung, die für eine Initiative gegen rechts steht, for-
muliert der ehrenamtliche Politiker:

„Na das wird natürlich alles aufs Schärfste verurteilt. Da gibt's, da simma uns alle einig, also da gibt's keinen Unterschied äh innerhalb oder innerhalb des Stadtrats“ (Ehrenamt männlich; Positionierung: 488-490).

Hier spricht der Stadtrat kollektiv für die eindeutige Ablehnung rechter Gesinnung durch alle Stadträte. In Bezug auf ihn selbst spricht er sich aber gegen eine Initiative aus, was in der nun folgenden Subkategorie „kein Handlungsbedarf“ deutlich wird.

Subkategorie 2: „Akzeptanz von rechts“

In insgesamt 14 Aussagen formulieren alle interviewten Personen, bis auf die hauptamtliche Politikerin, keinen Handlungsbedarf gegen rechts. So spricht der ehrenamtliche Politiker in Bezug auf sich persönlich:

„Ich weiß nicht ob die dreißig Stadträte jetzt da so da gehört die ganze Stadt dazu und das ist ja ooch durch das Steinhaus und auch verschiedene solcher Gruppierungen ganz gut geprägt. Die sind ja sehr aktiv, die machen ja viel, jetzt auch hier am Sonntag oder am ersten Mai äh das find ich toll und die muss man unterstützen da gibt's keine Frage, damit das auch am Leben erhalten bleibt, damit es auch Resonanz hat, aber ob jetzt der Stadtrat selber da in irgendeiner Form, bin ich jetzt persönlich nicht ganz so davon überzeugt“ (Ehrenamt männlich; Positionierung: 507-516).

Hier wird besonders deutlich, dass der Politiker kollektives Engagement gegen rechte Gesinnung begrüßt, er selbst als einzelner Stadtrat sieht sich aber nicht in der Pflicht dazu, hält es womöglich sogar für unangemessen.

Eine weitere Aussage, die für keinen Handlungsbedarf gegen rechts spricht, ist die Äußerung des ehrenamtlichen Politikers bezüglich der Löscharbeiten des Husarenhofbrandes. Er empfiehlt bei Störung durch pöbelnde, rechtsgesinnte Bürger, dass die Feuerwehr „mal den Schlauch in die andere Richtung“ (ebd.: Positionierung: 467-468) hält und dann sei das Problem erledigt. Anstatt in dieser Situation die Polizei, ein Teil der

Exekutive der demokratischen Grundordnung zu adressieren, spricht er sich dafür aus, dass die Feuerwehr diese Probleme selbst bewältigt, indem sie den Wasserschlauch auf die pöbelnden Passanten richten. An dieser Stelle wird besonders deutlich, dass rechte Gesinnung akzeptiert wird und für den Politiker keinerlei Handlungsbedarf besteht.

Insgesamt wurden sieben Aussagen getroffen, vornehmlich durch die weibliche Hauptamtlerin, die für eine Initiative gegen rechte Strukturen stehen. Gleichzeitig wurden doppelt so viele Aussagen erhoben, die für eine Akzeptanz von rechts stehen. Im Hinblick darauf, dass alle Politiker Fremdenfeindlichkeit unter den Bautzener Bürger wahrnehmen, scheinen die geringe Initiative sowie verbreitete Akzeptanz besonders auffällig.

5. Vergleichende Analyse

Nach Untersuchung der Interviews und Kategorisierung aller Codes konnte in Bezug auf die Wahrnehmung der Fremdenfeindlichkeit unter Bautzener Bürgern sowie deren Reaktion darauf als auch auf die eigene Positionierung der Politiker Folgendes festgestellt werden: Fremdenfeindlichkeit unter den Bautzenern nimmt jeder einzelne Politiker wahr, ob ehren- oder hauptamtlich. Sie nennen dabei unterschiedliche Formen von Fremdenfeindlichkeit. So thematisieren die Politiker vor allem Fremdenfeindlichkeit gegenüber Geflüchteten, die sich in Protesten oder tätlichen Übergriffen ausdrückt. Am zweithäufigsten nennen sie verschiedene Formen der Angst, die zu Fremdenfeindlichkeit führe. Diese wurden in die drei verschiedenen Ebenen von möglichen Desintegrationserfahrungen überführt und somit ist die Theorie Heitmeyers noch

einmal bestätigt. Außerdem thematisiert die hauptamtliche Politikerin Fremdenfeindlichkeit auf struktureller Ebene. So handelt vor allem die Polizei mitunter fremdenfeindlich. Hinsichtlich der Religionszugehörigkeit nehmen alle Politiker wahr, dass diese keine Rolle bei Fremdenfeindlichkeit spiele.

In Bezug auf die Wahrnehmung der Reaktion auf GMF nennen die Politiker drei verschiedene Typen. Am häufigsten wird beschrieben, dass die Bautzener eine Kultur des Wegsehens und der Verschwiegenheit pflegen. Am zweithäufigsten thematisieren die Interviewten eine Normalitätsverschiebung unter den Bürgern. So greife rechtes Gedankengut immer mehr in die bürgerliche Mitte. Mit lediglich zwei erhobenen Aussagen wird eine Initiative gegen rechts am seltensten wahrgenommen.

Obwohl alle Politiker Fremdenfeindlichkeit wahrnehmen (Wahrnehmungsmuster A), machen zwei der Befragten, vor allem aber der ehrenamtliche Politiker deutlich, dass es keine Probleme mit rechts gäbe. So sei Bautzen mit seinen Bürgern eine durchschnittliche, deutsche Stadt und die rechten Übergriffe am Kornmarkt seien ebenfalls als unproblematisch einzustufen. Hier wird ein offensichtliches Auseinanderfallen von Realität und Wahrnehmung sowohl unter den Bürgern, als auch unter den Politikern deutlich.

Des Weiteren wurde die Positionierung der Politiker untersucht. Dabei ist das Reaktionsmuster der hauptamtlichen Politikerin, welche Fremdenfeindlichkeit von allen am stärksten problematisiert, besonders auffällig. Ihre Reaktion (Reaktionsmuster AC) äußert sich in der größten Initiative gegen rechte Gesinnung, zum Beispiel durch das Organisieren von Demonstrationen oder friedlichen Märschen. Der männliche, haupt-

amtliche Politiker nimmt Fremdenfeindlichkeit nur bedingt wahr und sieht dies als kein Problem an, welches es zu beheben gilt.

Darüber hinaus wurde analysiert, dass die Gruppe der Ehrenämter von den Befragten am deutlichsten die rechten Strukturen innerhalb Bauzens akzeptieren. In dem untersuchten Datenmaterial konnten zwar keine eindeutigen amtspezifischen Wahrnehmungsmuster festgestellt werden. Aufgrund der Korrelation zwischen der Wahrnehmung von rechter Gewalt und Initiative gegen rechte Gewalt, die vor allem bei der hauptamtlichen Politikerin festgestellt wurden, ist aber anzunehmen, dass Hauptamtler eher rechte Strukturen erkennen und sich dagegen positionieren.

Wegen der sich häufenden Aussagen dazu, dass es keine Probleme mit rechter Gewalt gäbe sowie der Akzeptanz rechter Gewalt durch den ehrenamtlichen Politiker, ist anzunehmen, dass Ehrenamtler die rechten Strukturen weniger stark wahrnehmen und sich seltener dagegen positionieren. Auch die weibliche Ehrenamtlerin positioniert sich eher akzeptierend gegenüber rechter Gewalt, sodass davon auszugehen ist, dass im Vergleich zu Hauptamtlern Ehrenamtler eine stärkere Passung aufweisen zur allgemeinen Stimmung der Bürger, welche sich im Falle Bauzens als eher fremdenfeindlich erweist. Diese vorläufigen Ergebnisse sollten allerdings durch die Analyse weiterer Interviews mit Politikern verifiziert werden.

6. Fazit

Innerhalb dieser Arbeit wurde die Wahrnehmung von und Positionierung gegenüber Fremdenfeindlichkeit von haupt- sowie ehrenamtlichen

Politikern aus einem Gebiet mit höherer Fremdenfeindlichkeit untersucht.

Wie politische Ereignisse, die überregional diskutiert wurden, zeigen, eignet sich die Stadt Bautzen dafür besonders. Den theoretischen Rahmen lieferte zum einen die Desintegrationstheorie nach Heitmeyer sowie die darauf aufbauenden Ergebnisse der Bielefelder Langzeitstudie zur GMF. Zum anderen wurden vor allem Webers Ausführungen zur Unterscheidung zwischen haupt- und ehrenamtlichen Politikern dargelegt, die durch neuere Forschung dazu ergänzt wurde.

Datengrundlage der Untersuchung bildeten Leitfadeninterviews mit zwei haupt- sowie zwei ehrenamtlichen Politikern aus Bautzen. Mittels einer qualitativen Inhaltsanalyse wurden diese Interviews anhand der zwei Themenfelder der Wahrnehmung von GMF der Politiker sowie deren Positionierung gegenüber GMF analysiert.

Zentrales Ergebnis der Analyse ist, dass alle Politiker Fremdenfeindlichkeit unter den Bautzener Bürgern wahrnehmen. Hier thematisierten die Politiker vor allem die Anfeindungen gegenüber Geflüchteten und die verschiedenen Ängste der Bürger. Dabei konnten die theoretischen Annahmen zur Desintegrationstheorie und den Studien der Langzeitstudie zu GMF bestätigt werden.

Im Gegensatz dazu stehen aber diejenigen Aussagen der Politiker, die gleichzeitig keine Probleme mit Fremdenfeindlichkeit wahrnehmen. Bautzen wird hier vornehmlich als eine durchschnittliche Stadt beschrieben, die keine hervorzuhebenden Probleme mit Fremdenfeindlichkeit aufweise.

Auffällig ist, dass der ehrenamtliche Politiker, der am häufigsten keine Problematik erkennt, auch am stärksten Initiativen gegen rechts ablehnt und in vielen Aussagen politisch motivierte rechte Kriminalität akzeptiert. Hier ist eine brisante Diskrepanz zwischen Realität, Wahrnehmung und eigener Positionierung der Politiker zu erkennen, die für eine Normalitätsverschiebung unter den Bautzener Bürgern sowie den Politikern selbst spricht.

An die hier beantwortete Forschungsfrage anschließend erscheint eine weitere Fragestellung relevant. Welchen Zusammenhang gibt es zwischen der Positionierung von Politikern gegenüber rechten Mentalitäten und deren Anfeindungen im Amt? Innerhalb dieser Untersuchungen berichten vor allem die hauptamtlichen Politiker von Anfeindungen. Es sind aber gerade die Hauptamtlichen, die sich gegen rechtes Gedankengut positionieren. Dieser sich andeutende Zusammenhang könnte Gegenstand weiterer Untersuchungen sein.

Literatur

- Babka von Gostomski, C., Heitmeyer, W., Küpper, B. (2007). Fremdenfeindlichkeit in den Bundesländern. Die schwierige Lage in Ostdeutschland. In: W. Heitmeyer (Hg.), *Deutsche Zustände. Folge 5*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 102-129.
- Beckmann, L. (2012). *Expertise. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Sachsen 2008-2011 (im Vergleich zu 2002-2005)*. Bielefeld: Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung.
- Belina, B., Perthus, S. (2017). *Policing the Crisis* in Bautzen. Die Polizei in der Ethnisierung eines städtischen Konflikts. In: *Zeitschrift für soziale Probleme und soziale Kontrolle*, Jg. 28, Nr. 2, S. 241-259.
- Bogner, K., Landrock, U. (2015). *Antworttendenzen in standardisierten Umfragen*. Mannheim: GESIS – Leibniz Institut für Sozialwissenschaften.
- Bogumil, J., Garske, B., Gehne, D.H. (2017). *Das kommunale Ehrenamt in NRW. Eine repräsentative Analyse unter besonderer Berücksichtigung des Nachteilsausgleichs kommunaler Mandatsträger bei flexiblen Arbeitszeiten*. Wissenschaftliches Gutachten im Auftrag des Ministeriums für Inneres und Kommunales des Landes NRW.
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2016). *Das Bundesamt in Zahlen 2015. Asyl, Migration und Integration*. [online] http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Broschueren/bundesamt-in-zahlen-2015.pdf?__blob=publicationFile [07.01.2018].
- Bundesministerium des Inneren (2015). *Bericht zur Polizeilichen Kriminalstatistik 2015*. [online] https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/2016/pks-2015.pdf?__blob=publicationFile [10.08. 2017].
- Bundesministerium des Inneren (2001). *Verfassungsschutzbericht 2001*. [online] https://publikationen.uni-tuebingen.de/xmlui/bitstream/handle/10900/62819/Verfassungsschutzbericht_2001.pdf?sequence=1&isAllowed=y [05.09.2017].
- Carlisle, R.P. (2005). *Encyclopedia of Politics: The Left and the Right*. London: Sage Publications.
- Endrikat, K., Kühnel, S. M., Petzke, M. (2007). Risikofaktor Konformität. Soziale Gruppenprozesse im kommunalen Kontext. In: W. Heitmeyer (Hg.), *Deutsche Zustände. Folge 5*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 52-76.
- Endrikat, K., Schaefer, D., Mansel, J., Heitmeyer, W. (2002). Soziale Desintegration. Die riskanten Folgen negativer Anerkennungsbilanzen. In: W. Heitmeyer (Hg.), *Deutsche Zustände. Folge 1*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 37-58.

- Heitmeyer, W. (2002). Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Die theoretische Konzeption und erste empirische Ergebnisse. In: W. Heitmeyer (Hg.), *Deutsche Zustände. Folge 1*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 15-36.
- Heitmeyer, W. (2003a). Beunruhigende Normalität. In: W. Heitmeyer (Hg.), *Deutsche Zustände. Folge 2*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 299-309.
- Heitmeyer, W. (2003b). *Feindselige Normalität*. [online] <http://www.zeit.de/2003/51/Heitmeyer-Studie> [12.09.2017].
- Heitmeyer, W. (2007). Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Ein normaler Dauerzustand? In: W. Heitmeyer (Hg.), *Deutsche Zustände. Folge 5*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 15-36.
- Heitmeyer, W. (2009). Leben wir immer noch in zwei Gesellschaften? 20 Jahre Vereinigungsprozeß und die Situation Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. In: W. Heitmeyer (Hg.), *Deutsche Zustände. Folge 7*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 13-52.
- Heitmeyer, W. (2012). Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in einem entsicherten Jahrzehnt. In: W. Heitmeyer (Hg.), *Deutsche Zustände. Folge 10*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 15-42.
- Heitmeyer, W. (2017). *Wie Rechtspopulisten die Normalität verschieben*. [online] <http://www.tagesspiegel.de/politik/die-schleichende-gefahr-wie-rechtspopulisten-die-normalitaet-verschieben/19317192.html> [14.09.2017].
- Heitmeyer, W., Klein, A. (2010). Wenn die Wut kein politisches Ventil findet. Politische Kapitulation und die Folgen für schwache Gruppen. In: W. Heitmeyer (Hg.), *Deutsche Zustände. Folge 8*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 164-190.
- Helfferrich, C. (2014). Leitfaden und Experteninterviews. In: N. Baur, J. Blasius (Hg.), *Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung*. Wiesbaden: Springer, S. 559-574.
- Hoffmann, W. (1972). Wissenschaft und Ideologie. In: D. Ulrich (Hg.), *Theorie und Methode der Erziehungswissenschaft. Probleme einer sozialwissenschaftlichen Pädagogik*. Basel: Beltz, S. 91-103.
- Holtkamp, L. (2011). Professionalisierung der Kommunalpolitik? Empirische und normative Befunde. In: M. Edinger, W. J. Patzelt (Hg.), *Politik als Beruf. Zum politischen Führungspersonal in der modernen Demokratie*. Wiesbaden: Springer, S. 103-120.
- Honnigfort, B. (2017). *Christdemokratische Plauderei mit einem Neonazi*. [online] <http://www.fr.de/politik/bautzen-christdemokratische-plauderei-mit-einem-neonazi-a-1336558> [11.01.2018].
- Houben, L. (2017). *Woher der Hass kommt. Alltagsrassismus in Bautzen*. [online] <http://www.spiegel.de/spiegel/unispiegel/bautzen->

forschungsprojekt-untersucht-alltagsrassismus-a-1176005.html
[17.01.2018].

- Hüpping, S., Klein, A. (2008). Politische Machtlosigkeit als Katalysator der Ethnisierung von Verteilungskonflikten. In: W. Heitmeyer (Hg.), *Deutsche Zustände. Folge 6*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 73-94.
- Klein, A., Küpper, B., Zick, A. (2009). Rechtspopulismus im vereinigten Deutschland als Ergebnis von Benachteiligungsgefühlen und Demokratiekritik. In: W. Heitmeyer (Hg.), *Deutsche Zustände. Folge 7*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 93-112.
- Klein, A., Zick, A. (2014). *Fragile Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2014*. Bonn: Dietz.
- Kruse, J. (2015). *Qualitative Interviewforschung. Ein integrativer Ansatz*. Bad Langensalza: Beltz Juventa.
- Kuckartz, U. (2015). *Qualitative Inhaltsanalyse. Methoden, Praxis, Computerunterstützung*. Bad Langensalza: Beltz Juventa
- Legge, S. (2010). *Abweichendes Verhalten, Vorurteile und Diskriminierung. Zur theoretischen Erklärungskraft ausgewählter Anomietheorien*, Dissertation. Universität Bielefeld.
- Lueger, M. (2010). *Interpretative Sozialforschung. Die Methoden*. Wien: WUV.
- Massing, P. (1995). Wege zum Politischen. In: Massing, P., Weißeno, G. (Hg.), *Politik als Kern der politischen Bildung. Wege zur Überwindung unpolitischen Politikunterrichts*. Opladen: Leske+Budrich, S. 61-97.
- Mayring, P. (2015). *Qualitative Inhaltsanalyse*. Weinheim: Beltz.
- Meisner, M. (2016). *Geplante Asylunterkunft brennt, Schaulustige jubeln*. [online] <https://www.tagesspiegel.de/politik/brandstiftung-in-bautzen-geplante-asylunterkunft-brennt-schaulustige-jubeln/12993480.html> [04. 09. 2017].
- Meuser, M., Nagel, U. (1994). Expertenwissen und Experteninterview. In: Hitzler, R., Honer, A., Maeder, C. (Hg.), *Expertenwissen*. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 180-192.
- MDR exakt exklusiv (2017). *Zukunft eines Geflüchteten: Stellvertretender CDU-Landrat diskutierte mit NPD-Funktionär*. [online] <https://www.mdr.de/investigativ/cdu-landrat-und-npd-mann-zu-fluechtling-bautzen-100.html> [15.01.2018].
- Meyer, T. (2003). *Was ist Politik?* Opladen: Springer.
- Möller, K., Grote, J., Nolde, K., Schumacher, N. (2016). *„Die kann ich nicht ab!“- Ablehnung, Diskriminierung und Gewalt bei Jugendlichen in der (Post-)Migrationsgesellschaft*. Wiesbaden: Springer.
- Regionle Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie (2017). *Rechtsmotivierte und rassistische Gewalt in Sachsen im Jahr 2016*. [on-

- line] <https://raa-sachsen.de/statistik-detail/statistik-2016.html> [12.01.2018].
- Reinhard, D. (2016). *Es musste eskalieren*. [online] <http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2016-09/bautzen-rechte-fluechtlinge-schlaegerei-eskalation> [04. 09. 2017].
- Reiser, M. (2006). *Zwischen Ehrenamt und Berufspolitik. Professionalisierung der Kommunalpolitik in deutschen Großstädten*. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Salzborn, S. (2015). *Rechtsextremismus. Erscheinungsformen und Erklärungsansätze*. Baden-Baden: Nomos.
- Schulz, P., Quent, M. (2015). *Rechtsextremismus in lokalen Kontexten. Vier vergleichende Fallstudien*. Wiesbaden: Springer.
- Thurich, E. (2003). *Pocket Politik: Demokratie in Deutschland*. Bundeszentrale für politische Bildung.
- van Biezen, I., Poguntke, T. (2014). The decline of membership-based politics. In: *party politics*. Vol. 20, S. 205-216.
- Weber, M. (2009). *Politik als Beruf. Zweiter Vortrag (4) vor dem Freistudentischen Bund*. Klassiker. Norderstedt: Grin.
- Wohlrab-Sahr, M., Pryzborski, A. (2014). *Qualitative Sozialforschung. Ein Arbeitsbuch*. München: Oldenbourg.
- Zeit Online (2016). *Gauck als Volksverräter beschimpft*. [online] <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2016-06/bundespraesiden-joachim-gauck-sebnitz> [19.01.2018].
- Zick, A., Küpper, B. (2006). Politische Mitte. Normal feindselig. In: W. Heitmeyer (Hg.), *Deutsche Zustände. Folge 4*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 115-135.
- Zick, A., Küpper, B., Krause, D. (2016). *Gespaltene Mitte. Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016*. Bonn: Dietz.